

Inhaltsverzeichnis.

I. Beschluß der Bürgerschaft vom 16. Januar 1907	S. 75.
II. Mitteilung des Senats vom 18. Januar 1907:	
1. Verkauf eines Grundstücks an die Stadtgemeinde Bremerhaven	" 76.
2. Budget für außerordentliche Ausgaben für das Rechnungsjahr 1907	" 76.
3. Neubau einer Volksschule in der östlichen Vorstadt	" 76.
4. Änderung der Lage der Straßenbahngeleise am Bahnhofspatz	" 76.
5. Abänderung der Landgemeindeordnung	" 78.

Beschluß der Bürgerschaft

vom 16. Januar 1907.

1. Weiterer Ausbau der Außenweser abwärts der Geestemündung.

Die Bürgerschaft genehmigt den vorgelegten Vertrag und erklärt demgemäß ihre Zustimmung dazu, daß Bremen für den weiteren Ausbau der Fahrbahn in der Außenweser bis zu einem Betrage von ferneren sechs Millionen Mark in Vorschuß tritt, unter Anweisung dieses Betrages auf den Fonds für außerordentliche Verwendungen.

Sie erklärt sich auch damit einverstanden, daß die Deputation für die Unterweserkorrektion mit der Ausführung des Projektes unter den vom Senate festzustellenden Bedingungen beauftragt wird.

2. Abänderung des Gesetzes, betreffend die Krankenversicherung der Dienstboten vom 29. November 1894 und des Gesetzes vom 7. Mai 1904 wegen Abänderung dieses Gesetzes.

Die Bürgerschaft genehmigt den vorgelegten Gesetzentwurf (Verhdlgn. S. 1169).

Sie ersucht dabei den Senat, die Behörde für Krankenversicherung zu einem Bericht darüber aufzufordern, ob von der Dienstbotenkrankenkasse deren Mitgliedern resp. deren Angehörigen, außer den Unterstützungen in Krankheitsfällen, nicht auch ein Sterbegeld gewährt werden kann.

3. Verkauf eines Grundstücks an die Stadtgemeinde Bremerhaven.

Die Bürgerschaft erklärt ihre Zustimmung dazu, daß die Deputation für Häfen und Eisenbahnen ermächtigt wird, die auf dem vorgelegten Lageplan rot angelegte Fläche zum Preise von 4 M. für das qm an die Stadtgemeinde Bremerhaven unter den im Bericht aufgeführten besonderen Bedingungen (Verhdlgn. S. 1170) zu verkaufen.

4. Regulierung der Wulvesstraße.

Die Bürgerschaft verweist die Vorlage zur Prüfung und Berichterstattung an eine Kommission von 9 Mitgliedern, die sie dem Senat demnächst namhaft machen wird, und ersucht den Senat, sich bei den Verhandlungen kommissarisch vertreten zu lassen.

5. Budget für außerordentliche Ausgaben für das Rechnungsjahr 1907.

Die Bürgerschaft erklärt ihre Zustimmung zu den Anträgen der Deputation für Häfen und Eisenbahnen (Verhdlgn. S. 1160 unter Nr. 1—4) und bewilligt demgemäß insgesamt 41 650 M. auf das Budget „Ergänzung der Hafen- und Eisenbahnanlagen“ für das Jahr 1907.

6. Bauliche Arbeiten am Kornhause.

Die Bürgerschaft genehmigt die Vorlage des Senats (Verhdlg. S. 1163/1164) und tritt demgemäß den Anträgen der Baudeputation, Abteilung Hochbau, vom 24. September 1906 (Verhdlg. S. 953) mit der Maßgabe, daß von der Herstellung eines Sandsteinsockels abzusehen ist, bei.

Sie bewilligt deshalb, unter Abzug von 300 M. wegen Nichtherstellung des Sandsteinsockels, im ganzen 4700 M.

7. Neubau einer Volksschule in der östlichen Vorstadt.

Die Bürgerschaft genehmigt die Anträge der Schuldeputation (Verhdlg. S. 1165 Nr. 1—3).

8. Reichstagswahlen.

Die Bürgerschaft bewilligt auf das Generalbudget, Ordentliche Ausgaben IX „Reich und Auswärtiges“ 15 000 M. nach.

9. Staatszuschuß zu Schulbauten.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Behörde für das Landschulwesen mit einem Berichte darüber zu beauftragen, ob nicht den Landgemeinden regelmäßig für Schulbauten ein größerer Zuschuß zu gewähren ist.

Mitteilung des Senats

vom 18. Januar 1907.

1. Verkauf eines Grundstücks an die Stadtgemeinde Bremerhaven.

2. Budget für außerordentliche Ausgaben für das Rechnungsjahr 1907.

3. Neubau einer Volksschule in der östlichen Vorstadt.

Zu den oben genannten Gegenständen tritt der Senat dem Beschlusse der Bürgerschaft vom 16. d. Mts. bei.

4. Änderung der Lage der Straßenbahngleise am Bahnhofplatz.

Die Baudeputation, Abteilung Straßenbau, hat über den in der Überschrift bezeichneten Gegenstand den anliegenden Bericht erstattet. Der Senat genehmigt die Anträge der berichtenden Deputation und ersucht die Bürgerschaft, ihm darin beizutreten.

Anlage.

Bericht.

Schon seit mehreren Jahren erweisen sich die Verkehrsverhältnisse auf dem Bahnhofsplatz als unhaltbar. Insbesondere hat der Verkehr der Straßenbahn zwischen dem mittleren und östlichen Rondel vor dem Bahnhofsempfangsgebäude zu lebhaften Klagen Veranlassung gegeben, in deren Verfolg die dort befindliche Haltestelle an die nördliche Seite des östlichen Rondels verlegt werden mußte. Diese Maßregel ist nur als eine kümmerliche Aushilfe zu bezeichnen, um den allerärgeren Mißständen, hervorgerufen durch den Wagen- und Straßenbahn-Verkehr in dem Engpaß zwischen den beiden Rondels, zu begegnen. Sie hat beim Publikum lebhaften Widerspruch erfahren,